**Die Idee der demokratischen Staatsform hat sich weltweit verbreitet und die Zahl der Staaten, die demokratisch regiert werden, erhöhte sich in den letzten Jahrzehnten insgesamt deutlich. Im Jahr 2016 gab es nach Angaben der Nicht-Regierungsorganisation Freedom House 123 Demokratien. Das entsprach rund 63 Prozent aller Staaten weltweit. Die Demokratie ist die dominierende Staatsform in West- und Zentraleuropa (2016: 40 von 42 Staaten), in Nord- und Südamerika (30 von 35 Staaten) sowie in der Region Asien-Pazifik (27 von 39 Staaten). Im subsaharischen Afrika waren lediglich 21 von 49 Staaten demokratisch und von den zwölf Staaten Eurasiens waren im Jahr 2016 lediglich drei Demokratien. Am geringsten ist der Anteil jedoch in der Region Mittlerer Osten und Nordafrika, wo im selben Jahr lediglich zwei der 18 Staaten demokratisch waren.**

Fakten

Im Jahr 2016 gab es nach Angaben der Nicht-Regierungsorganisation Freedom House 123 Demokratien. Das entsprach rund 63 Prozent aller Staaten weltweit. Der bisherige Höchstwert wurde in den Jahren 2014 und 2015 mit 125 Demokratien bzw. einem Anteil von 64 Prozent erreicht. Gegenüber dem Jahr 2015 sind Niger, Sambia und die Türkei aus der Liste der Demokratien herausgefallen, Burkina Faso ist neu hinzugekommen.

Freedom House unterteilt die Staaten jedoch nicht nur in demokratische und nicht-demokratische Staaten, sondern kategorisiert sie mit Hilfe verschiedener Indikatoren auch in freie, eingeschränkt freie und unfreie Staaten. Von den 123 Demokratien des Jahres 2016 waren danach 87 frei und 36 eingeschränkt frei. Und von den 72 nicht-demokratischen Staaten waren 23 eingeschränkt frei und 49 unfrei.

Die Demokratie ist die dominierende Staatsform in West- und Zentraleuropa sowie in Nord- und Südamerika. Im Jahr 2016 waren nach den Kriterien von Freedom House 40 der 42 europäischen Staaten Demokratien (lediglich die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei erfüllten die Bedingungen nicht – die Türkei zum ersten Mal innerhalb des gesamten Betrachtungszeitraums). Neben diesen beiden Staaten galten 2016 auch vier demokratische Staaten als eingeschränkt frei. Von den 35 Staaten Nord- und Südamerikas waren im selben Jahr 30 Demokratien – davon wurden 23 Staaten als frei und sieben als eingeschränkt frei eingestuft.

Im Jahr 2016 waren in der Region Asien-Pazifik 27 von 39 Staaten demokratisch. 17 der 27 demokratischen Staaten galten als frei, zehn als eingeschränkt frei. Im subsaharischen Afrika waren 21 der insgesamt 49 Staaten Demokratien. Davon galten nach Freedom House neun Staaten als frei und zwölf Staaten als eingeschränkt frei. Von den zwölf Staaten Eurasiens waren im Jahr 2016 lediglich drei Demokratien. Alle drei – Georgien, Moldawien und die Ukraine – waren nach Freedom House jedoch nur eingeschränkt frei. Noch geringer ist der Anteil der Demokratien nur in der Region Mittlerer Osten und Nordafrika, wo Israel und seit 2011 Tunesien die einzigen Demokratien der insgesamt 18 Staaten sind.

Die Idee der demokratischen Staatsform hat sich weltweit verbreitet und die Zahl der Staaten, die demokratisch regiert werden, erhöhte sich in den letzten Jahrzehnten insgesamt deutlich. Trotzdem findet sich auch die These, dass die etablierten Demokratien durch die Globalisierung unter Druck geraten: Zum einen wird darauf hingewiesen, dass politische Teilhabe ökonomische Teilhabe voraussetzt – zunehmender ökonomischer Stress hat demnach einen negativen Einfluss auf die politische Partizipation. Weiter geraten durch die sozialen und ökonomischen Wandlungsprozesse gewachsene Sozialstrukturen unter Druck, was wiederum zu politischen Abwehrreaktionen führen kann. Weiter gilt als problematisch, dass öffentliche Interessen nicht selten gegenüber privatwirtschaftlichen das Nachsehen haben. Dies wird auch mit einer schwindenden Verhandlungsmacht der Staaten bzw. der demokratisch legitimierten Vertreter gegenüber den gestärkten privaten Interessen bzw. Unternehmen erklärt.

Schließlich ist festzustellen, dass die Globalisierung nicht zwangsläufig eine Demokratisierung nach sich zieht. Gerade die Einbindung in den Weltmarkt hat in zahlreichen Staaten zu einer ökonomischen und in der Folge politischen Stärkung undemokratischer Regime geführt. Und auch wenn die Mehrzahl der Staaten demokratisch regiert wird, lebten 2016 zwei von fünf Personen in nicht-demokratischen Staaten – insgesamt 3 Milliarden Menschen bzw. 40,9 Prozent der Weltbevölkerung.

Datenquelle

Freedom House: www.freedomhouse.org

Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Die Nicht-Regierungsorganisation (NGO) Freedom House überprüft mit Hilfe diverser, öffentlich dargelegter Indikatoren den Freiheitsgrad von Staaten und Territorien sowie die Freiheiten und Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Unter anderem finden sich Fragen zu den Themen: Freiheit der Wahlen, Rechte der Wähler, Ausprägung des Parlamentarismus, Rechte der Opposition, Unabhängigkeit des Rechts, Freiheit beim Glauben und bei der Ausübung der eigenen Religion, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, Rechte von Minderheiten und Gewerkschaften, Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Medien und des Bildungssektors, Gleichheit der Geschlechter, Freiheit bei der Familienplanung, Reise- und Beschäftigungsfreiheit, Recht auf Eigentum, Einflussnahme nicht-demokratisch legitimierter Institutionen (Militär, Religionsgemeinschaften, Oligarchen u.a.), Unabhängigkeit der Regierung sowie Transparenz der Regierungsarbeit. Da nicht alle Demokratien sämtliche Freiheitskriterien voll erfüllen, sind bei Freedom House auch "eingeschränkt freie" Demokratien aufgeführt.

Eine ausführliche Darstellung der einzelnen Indikatoren findet Sie hier:

<https://freedomhouse.org/report/methodology-freedom-world-2017>

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) veröffentlicht.

Bundeszentrale für politische Bildung 2017 | [www.bpb.de](http://www.bpb.de)